



Visitation und Tätigkeitsbericht der Datenschutzstelle für das Jahr 2025

Bericht und Antrag der erweiterten Justizprüfungskommission
vom 3. Juni 2026

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

I. Ausgangslage

Die Datenschutzbeauftragte erstattet dem Kantonsrat jährlich Bericht über ihre Tätigkeit und vertritt den Bericht im Kantonsrat (§ 19 Abs. 1 Datenschutzgesetz vom 28.09.2000 [DSG]; BGS 157.1). Gemäss § 19 Abs. 2 i.V.m. Abs. 4 Kantonsratsbeschluss über die Geschäftsordnung des Kantonsrats vom 28. August 2014 (GO KR; BGS 141.1) ist die Datenschutzstelle (DATS) im Rahmen der Oberaufsicht des Kantonsrats von der erweiterten Justizprüfungskommission (erw. JPK) zu visitieren. Dabei hat die erw. JPK den Tätigkeitsbericht der DATS zu prüfen und dem Kantonsrat dazu Bericht zu erstatten. Der Tätigkeitsbericht der DATS 2025 wurde der erw. JPK am 9. März 2026 zugestellt und ist auf der Website der Datenschutzbeauftragten publiziert.

II. Vorgehen

Am 17. April 2026 hat eine Delegation der erw. JPK, bestehend aus den Kommissionsmitgliedern Joelle Gautier und Alois Gössi die DATS visitiert. Auf Seiten der DATS war die Datenschutzbeauftragte, Yvonne Jöhri, anwesend. Die Fragen wurden der Datenschutzbeauftragten vor der Visitation zur Beantwortung zugestellt. Anlässlich der Visitation wurden diese Fragen und weitere Themenkreise rund um die DATS eingehend besprochen. Das Protokoll führte die Generalsekretärin der erw. JPK, Bianca Bulgheroni.

An ihrer Sitzung vom 3. Juni 2026 hat die erw. JPK den Tätigkeitsbericht der DATS beraten und den nachfolgenden Beschluss getroffen. Im vorliegenden Bericht werden die wesentlichen Feststellungen zusammengefasst wiedergegeben.

III. Erläuterungen

Die DATS erwähnte - wie bereits in den Vorjahren - dass die personellen Ressourcen knapp seien. Dies sei insbesondere auf den Umstand zurückzuführen, dass innerhalb der Kantonsverwaltung mehr digitalisiert wird. Andere Amtsstellen seien zusätzlich dotiert wegen der Digitalisierung, weshalb auch bei der DATS mehr Arbeit anfalle mit Vorabkonsultationen. Es bestehe hierbei weiterhin ein zusätzliches Budget bei der Datenschutzstelle, was ihr ermögliche eine Hilfskraft einzustellen. Die Datenschützerin geht davon aus, dass mit insgesamt 340% Stellenprozenten (aktuell: 240%) die personellen Ressourcen ausreichend wären.

Die Datenschützerin führte in diesem Zusammenhang aus, dass wenn man bei Ämtern und Direktionen die Personalressourcen mit Blick auf Digitalisierung aufstocke und die Datenschutzstelle ressourcenmässig nicht mitwachsen könne, dann die DATS zum Flaschenhals im ganzen Digitalisierungsprozess werde.

Im Zusammenhang mit der Arbeitslast betonte die Datenschützerin, dass sie keine Anfragen ablehnen, für die sie zuständig seien. Es würden stets alle Anfrage bearbeitet und beantwortet, die personellen Ressourcen würden aber zu einer Priorisierung der Arbeiten führen.

Im Geschäftsfeld der Beratung und Aufsicht sind gemäss Tätigkeitsbericht die Vorabkonsultationen enthalten. Die Ressourcen, welche die DATS für diesen Bereich einsetzt, machten im Jahr 2025 65,5 Prozent ihrer Tätigkeit aus. 2020 waren es nur 55,5 Prozent, im Jahr 2018 sogar nur 41 Prozent. So führte der Tätigkeitsbericht 2025 im Bereich der Vorabkonsultationen konkret aus, dass das Digitalisierungsvorhaben EVA (Eingabe, Verarbeitung, Abgabe) in den produktiven Betrieb ging ohne, dass die verantwortlichen Organe die präventive Einbindung von Datenschutz und Informationssicherheit aufzeigten. Hierbei war die Datenschützerin im Anschluss an die Inbetriebnahme mit dem Amt, welche die Anwendung beschafft hat, im Austausch und teilte anlässlich der Visitation mit der JPK mit, dass es konkrete Bestrebungen gäbe, die Koordination bei Beschaffungen im IT-Bereich zu verbessern. So wäre es aus Sicht der Datenschützerin erstrebenswert, wenn pro Fachapplikation je eine Vorabkonsultation durchgeführt würde. Aktuell sei nicht koordiniert, ob eine Fachapplikation auf verschiedenen Amtsstellen zur Anwendung komme, und die Datenschutzstelle erhalte für die gleiche Fachapplikation von verschiedenen Ämtern innerhalb der Verwaltung Anfragen für Vorabkonsultationen.

Der Projektstand des Projekts Vision 2025 (Gemeinsame Einsatzleitzentralen der Zentralschweizer Polizeikorps) sei nicht konkret bekannt. Da es sich um ein interkantonales Projekt handle, sei die Datenschutzbeauftragte des Kantons Schwyz hier im Lead. Die Datenschützerin des Kantons Zug rechnet damit, dass im Jahr 2026 die Unterlagen für die Vorabkonsultation eintreffen.

Die DATS nimmt jeweils Stellung zu rechtsetzenden Erlassen des Kantons, der Gemeinden und des Bundes. Hinweise und konkrete Formulierungsvorschläge der Datenschutzstelle werden oftmals bereits im internen Vernehmlassungsverfahren berücksichtigt. Ein konkretes Beispiel, wobei aufgrund des Mitberichts der DATS ein Gesetzestext eine Anpassung erfuhr, war das Gesetz über die Ausbildungsbeiträge. Die Datenschutzstelle habe diverse Anträge zu § 13 im Hinblick auf die Erhebung und Bearbeitung von Personendaten zur Prüfung der Berechtigung gestellt. Namentlich habe es einen Antrag betreffend Abruf der erforderlichen Daten aus dem kantonalen Personenregister (Abs. 1) sowie zur Einführung eines Ampelsystems (berechtigt/nicht berechtigt) beim Bezug der erforderlichen Steuerdaten (Abs. 2) gegeben. Diese Hinweise und Anträge der Datenschutzstelle konnten erfolgreich im Rahmen der gesetzlichen Grundlagen umgesetzt werden.

Insgesamt hielt die Datenschützerin im Bereich der Rechtsgrundlagen fest, dass der Regierungsrat Anfang 2026 eine Erweiterung des Gesetzgebungsprojekts innerkantonaler Datenaustausch beschlossen hat. Dieses sah bisher nur die Schaffung gesetzlicher Grundlagen im EG RHG (und der entsprechenden Verordnung) vor. Mit der Erweiterung wird im Rahmen des Gesetzgebungsprojekts innerkantonaler Datenaustausch nun auch dem Bedürfnis nach spezialgesetzlichen Grundlagen Rechnung getragen, was aus Sicht der DATS sehr erfreulich sei.

Das Arbeitsklima stufte die Datenschutzbeauftragte als gut ein.

Der Schwerpunkt der Tätigkeit der DATS liegt, wie in den Vorjahren, auf der Beratung und Aufsicht. Die DATS möchte für die Zukunft verhindern, dass in Digitalisierungsprojekten erst im Rahmen der Rechtsgrundlagenanalyse bzw. einer Vorabkonsultation durch die DATS festgestellt wird, dass die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen fehlen. Ein strategisches Ziel der

Digitalstrategie 2020–2026 sei es denn auch, dass die Rechtsgrundlagen für Digitalisierung und digitale Transformation proaktiv geprüft und angepasst werden.

Die Zusammenarbeit mit den kantonalen und kommunalen Behörden wird als gut und konstruktiv beschrieben. Das Ziel der Datenschutzstelle sei es, die kantonalen und kommunalen Behörden und Dienststellen in der Wahrnehmung ihrer Verantwortung für Datenschutz und Informationssicherheit gegenüber Bürgerinnen und Bürgern als auch gegenüber Mitarbeitenden zu beraten und zu unterstützen. Sehr erfreulich sei es, dass die kantonalen und kommunalen Behörden unterdessen die von der Datenschutzstelle bereitgestellten Vorlagen in Digitalisierungs- und Transformationsprojekten standardmässig verwenden und sich die Abläufe etabliert hätten.

Die Datenschutzbeauftragte wünsche sich eine grössere Anerkennung der Bedeutsamkeit der unabhängigen Datenschutzstelle und ein stärkeres Bewusstsein dafür, dass es Aufgabe der Datenschutzstelle sei, sich dafür einzusetzen, dass die Rechte der Bürgerinnen und Bürger auf Datenschutz und Informationssicherheit beachtet werden – und dass sie das nicht zum Selbstzweck tue, sondern weil es ihre gesetzlich vorgeschriebene Aufgabe sei.

Weiterhin als eine der grössten Herausforderungen erwähnte die DATS die Rechtsgrundlagen im Kanton Zug. Entsprechend begrüsst und unterstützt die DATS auch parlamentarische Vorstösse zur Schaffung der erforderlichen Rechtsgrundlagen – sei es mit Blick auf die Schaffung von gesetzlichen Grundlagen aufgrund der beiden Motionen der Ad-hoc-Kommission Pilotprojektgesetz oder sei es betreffend den Einsatz von KI in Verwaltung, Justiz und Polizei.

Der Datenschutzbeauftragten und ihren Mitarbeitenden ist Dank und Respekt für die geleistete Arbeit in einem anspruchsvollen und dynamischen Arbeitsumfeld auszusprechen. Die amtierende Datenschutzbeauftragte hat ihre tägliche Freude und Begeisterung für die Ausübung dieses Amtes ausgedrückt.

IV. Antrag

Die Justizprüfungskommission beantragt dem Kantonsrat einstimmig mit 12 zu 0 Stimmen,

- den Tätigkeitsbericht der Datenschutzstelle 2025 zur Kenntnis zu nehmen;
- der Datenschutzbeauftragten sowie den Mitarbeitenden der Datenschutzstelle den besten Dank für die geleistete Arbeit auszusprechen.

Zug, 3. Juni 2026

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Namen der erweiterten Justizprüfungskommission

Der Präsident: Thomas Werner